

Wahlprüfsteine vom Berufsverband der Bildenden Künstlerinnen und Künstler zur Landtagswahl 2026

Antworten von Die Linke Baden-Württemberg:

Soziale Sicherung und faire Vergütung

Die prekäre Einkommenssituation vieler bildender Künstler*innen ist uns bewusst. Wir fordern einen grundlegenden Politikwechsel, um Ihre Arbeit existenzsichernd zu gestalten:

- ∞ **Mindesthonorare und Ausstellungsvergütung:** Wir setzen uns auf Bundesebene für verbindliche Mindeststandards bei der Honorierung freier Kunst- und Kulturarbeit ein. Explizit fordern wir eine rechtlich abgesicherte Ausstellungsvergütung für bildende Künstler*innen. Öffentliche Fördermittel sollen künftig an die Einhaltung sozialer Standards und angemessener Vergütungen geknüpft werden.
- ∞ **Stärkung der Künstlersozialkasse (KSK):** Die KSK ist essenziell. Wir wollen sie für weitere Berufsgruppen öffnen und den Bundeszuschuss erhöhen, um die Abgabesätze stabil zu halten. Zudem fordern wir eine dauerhafte Anhebung der Verdienstobergrenze für nicht-künstlerische Nebentätigkeiten.
- ∞ **Soziale Absicherung:** Wir streben eine Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzlichen Sozialversicherungen an (Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung), um auch unstetig Beschäftigte und Solo-Selbstständige besser abzusichern. Um Altersarmut zu verhindern, die gerade Kulturschaffende oft betrifft, wollen wir eine Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro einführen.

Kulturförderung und Infrastruktur in Baden-Württemberg

Kultur ist für uns Teil der Daseinsvorsorge. In Baden-Württemberg setzen wir uns für folgende Punkte ein:

- ∞ **Kultur für alle:** Wir wollen freien Zugang zu öffentlichen Kulturangeboten für Menschen mit geringem Einkommen schaffen, damit kulturelle Teilhabe unabhängig vom sozio-ökonomischen Hintergrund möglich ist.
- ∞ **Stärkung der Infrastruktur:** Wir wollen die kulturelle Infrastruktur auch im ländlichen Raum erhalten und fördern.
- ∞ **Finanzierung:** Kulturförderung sollte eine Pflichtaufgabe werden. Wir fordern, dass Bund, Länder und Kommunen finanziell so ausgestattet werden, dass sie Kulturförderung verlässlich betreiben können. Um dies zu finanzieren, setzen wir uns für die Wiedereinführung der Vermögensteuer ein, deren Einnahmen den Bundesländern zustünden.
- ∞ **Räume für Kunst:** Angesichts steigender Mieten ist der Erhalt von Ateliers und Arbeitsräumen essenziell. Wir wollen spekulativen Leerstand bekämpfen

und setzen uns für bezahlbares Wohnen und Arbeiten ein. Auf Bundesebene unterstützen wir die Schaffung von „Kulturschutzgebieten“ in Städten, um Verdrängung zu verhindern.

Gleichstellung und Diversität

Wir kämpfen gegen den Gender Pay Gap und den Gender Show Gap in der Kunst:

- ∞ **Geschlechtergerechtigkeit:** Bei der Vergabe von Fördermitteln müssen soziale Standards, Geschlechtergerechtigkeit und Diversität als Kriterien etabliert werden.
- ∞ **Sichtbarkeit:** Wir setzen uns dafür ein, dass Jurys und Gremien paritätisch besetzt werden und Diskriminierung bei der Förderpraxis abgebaut wird.

Kooperation und Rechtliches

- ∞ **Kooperationsverbot beenden:** Wir wollen das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung und Kultur aufheben, um Kultur als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern. Dies würde eine stetigere Finanzierung durch den Bund ermöglichen.
- ∞ **Urheberrecht:** Wir wollen die Verhandlungsposition von Urheber*innen stärken, damit angemessene Vergütungen auch im digitalen Zeitalter durchgesetzt werden können.

Zusammenfassend steht Die Linke für eine Kulturpolitik, die die soziale Lage der Kunstschaffenden ins Zentrum rückt und Kunst nicht dem Markt überlässt, sondern als öffentliches Gut fördert.